

Vorlage für die Sitzung des Senats am 6.5.2014

„Informationstechnologie Strategie der Freien Hansestadt Bremen“

A. Problem

Der Senat hat zuletzt 2006 seine Informationstechnologie Strategie (IT-Strategie) für die Verwaltung der Freien Hansestadt Bremen formal beschlossen. Seitdem hat der Senat diese Strategie in mehreren Entscheidungen bestätigt, umgesetzt und fortentwickelt. Dazu gehören u.a. die Beschlüsse zur

- Neugestaltung des IT-Managements in der bremischen Verwaltung (29.9.2009)
- Verlängerung der Verträge mit der BREKOM (23.3.2010) in Verbindung mit dem Projekt zur Neugestaltung der Leistungen „ITK-Neu“ (5.10.2010) ab 2015
- Standardisierung des IT-Supports in der bremischen Verwaltung zur Verbesserung der Sicherheit und Qualität des IT-Betriebes (29.11.2011)
- Neuorganisation der IT-Beschaffung und –Vergabe in der Freien Hansestadt Bremen (19.3.2013) und
- Aufbau eines Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS) (16.7.2013).

Es ist jedoch wünschenswert, eine gemeinsame Klammer um diese und zukünftige IT-Vorhaben in der Freien Hansestadt Bremen zu beschließen, die insbesondere auf die aktuellen Herausforderungen und Aufgabenstellungen im IT-Bereich eingeht. Die IT-Strategie ist zudem ein wichtiger Faktor in dem Prozess der Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung.

B. Lösung

Die Senatorin für Finanzen hat zusammen mit allen Ressorts in den letzten zwei Jahren an einer Aktualisierung und Fortentwicklung der IT-Strategie gearbeitet. Das Ergebnis ist eine Neufassung der IT-Strategie (s. Anlage).

C. Alternativen

Die IT-Entwicklung wird ohne einen vom Senat beschlossenen gemeinsamen Rahmen fortgesetzt. Diese Alternative wird nicht vorgeschlagen.

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Der Einsatz von IT hat vielfältige finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen. Die IT-Strategie ist umgekehrt Produkt finanzieller und personalwirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Die hier vorgelegte IT-Strategie führt die bisherigen Entscheidungen fort und berücksichtigt die Haushaltsplanung 2014/2015, die mittelfristige Finanzplanung und die globalen Ziele der Freien Hansestadt Bremen, insbesondere die Ein-

haltung des Sanierungspfades der Haushalte bis 2020.
Die IT-Strategie betrifft die Geschlechter in gleicher Weise.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die IT-Strategie ist mit allen Ressorts abgestimmt. Der Gesamtpersonalrat, die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit und der Rechnungshof wurden ebenfalls beteiligt. Alle wesentlichen Änderungswünsche wurden berücksichtigt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Geeignet.

G. Beschluss

Der Senat beschließt die Informationstechnologie Strategie der Freien Hansestadt Bremen (s. Anlage).

Anlage

Informationstechnologie Strategie (IT-Strategie) der Freien Hansestadt Bremen

Informationstechnologie Strategie (IT-Strategie) der Freien Hansestadt Bremen	1
I. Zielbild: „Die Bremer Verwaltung 2020“	2
II. Aktuelle Herausforderungen für die IT-Strategie.....	2
II.1. Konsolidierung, Einsparung, Fertigungstiefe	3
II.2. IT-Sicherheit und Datenschutz	3
II.3. Steuerung, Controlling und Finanzierung	4
II.4. Standardisierung und Flexibilität	4
II.5. Kooperation und Koordination	5
II.6. Gesundheit, Ergonomie und Barrierefreiheit.....	5
II.7. Green IT und Sozialverträglichkeit	6
II.8. Aufgabenverteilung zwischen Ressorts, Dienstleister und zentraler IT-Strategie.....	6
III. Bisherige IT-Strategie: „Der Rohbau steht“	6
IV. Die neue IT-Strategie in der Freien Hansestadt Bremen	8
V. Konkretisierung der Ziele der IT-Strategie.....	9
V.1. Bessere Qualität.....	9
V.2. Niedrige Kosten.....	11
V.3. Effiziente Steuerung des Dienstleisters Dataport.....	11
V.4. Sichergestellte Innovation	12
V.5. Standortfaktor IT	13
V.6. Nachhaltige Entwicklung	13
V.7. Höhere Transparenz	13
V.8. Selbstbewusste Kooperation	14
V.9. IT-Sicherheit.....	14
V.10. Personalauswahl, -ausbildung und -entwicklung.....	15

I. Zielbild: „Die Bremer Verwaltung 2020“

Die Bremer Verwaltung arbeitet elektronisch. Sie spart an und mit Informationstechnologie (IT). Papier wird in der Bremer Verwaltung nur für Notizzettel und Entwürfe gebraucht. Anträge der Bürgerinnen und Bürger werden online eingereicht, am Telefon durch das Bürgertelefon Bremen oder vor Ort von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Software erfasst. Wenn sie es wünschen, können Bürgerinnen und Bürger der Verwaltung erlauben, in ihrem Interesse die Daten zwischen Behörden auszutauschen, so dass noch weniger Anträge gestellt werden müssen.

Akten, Vorgänge und Registraturen sind in einem Dokumentenmanagementsystem für alle Ämter und Behörden gespeichert. Schriftgut ist dort immer nur einmal vorhanden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommunizieren über IT-gestützte Sprach- und Videodienste am Arbeitsplatz. E-Mail ist allerdings ausgereizt und wird nur noch zur Versendung der Links zu den elektronischen Akten, zur unverbindlichen Kommunikation mit externen Empfängern und zu allgemeinen Informationen genutzt. Zur verbindlichen Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und anderen Verwaltungen werden sichere Kommunikationsinfrastrukturen eingesetzt. Rechnungen werden nur noch elektronisch entgegengenommen und bezahlt; das entsprechende Scan-System befindet sich im Aufbau und wird später auf alle Eingangspost übertragen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten mit moderner Hardware und immer mobiler. Sie haben dienstlich erforderliche Tablets oder Smartphones und können von überall sicher auf die IT-Systeme zugreifen. Dataport leistet als IT-Betreiber flächendeckend Support über die Hotline und durch den Vor-Ort-Service. Die Steuerung Dataports sichert eine enge Abstimmung zwischen der Freien Hansestadt Bremen (FHB) als Auftraggeber und dem zentralen IT-Dienstleister. Die lokalen IT-Abteilungen konzentrieren sich auf die Auftragssteuerung und die Betreuung und Verbesserung der immer vielfältiger werdenden Fachsoftware. Die Gesundheit der Beschäftigten wird geschützt und klare Regelungen zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor ständiger Erreichbarkeit sind umgesetzt.

II. Aktuelle Herausforderungen für die IT-Strategie

Neben Personal und Geld ist die IT die zentrale Ressource für das Verwaltungshandeln der FHB. Im Prozess der Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung nimmt die IT und damit die IT Strategie eine wichtige Rolle ein. Der Einsatz von IT ist während des Konsolidierungszeitraumes des gesamtbremsischen Haushaltes bis 2020 von folgenden Herausforderungen geprägt.

II.1. Konsolidierung, Einsparung, Fertigungstiefe

Die FHB muss erhebliche Eigenanstrengungen unternehmen, um das Sanierungsziel „Ausgeglichener Haushalt im Jahr 2020“ zu erreichen. Die größte Herausforderung besteht in der Aufgabe, die wachsenden Ansprüche an die Verwaltung zu erfüllen und gleichzeitig Ausgaben zu senken. Da die durch Bremen selbst beeinflussbaren Ausgaben größtenteils im eigenen Personal liegen, müssen Wege gefunden werden, wie mit begrenzten Personalressourcen die Aufgaben noch bewältigt werden können.

Es ist deshalb erforderlich, dass jegliche nicht-wertschöpfende Tätigkeit durch IT geleistet wird. Dabei geht es um Automatisierung, die händisches Suchen, mehrfache Dokumentbearbeitung und –korrektur, Post- und Aktenhaltung vereinfacht. Aufwände für interne Verwaltungsprozesse bei Abstimmungen, Genehmigungen, Mitzeichnungen müssen durch geeignete IT-Unterstützung auf ein Minimum reduziert werden.

Im Rahmen von Projekten des Senatsprogramms „Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung“ soll darüber hinaus auch die Ausgestaltung von neuen Kommunikations- und Vertriebsstrukturen aufgegriffen werden, z. B. das den Bereich der Rechtspflege erheblich verändernde Projekt „ejustice“.

Die Realisierung dieser Effizienzgewinne bedingt dort, wo die IT ausgebaut und erweitert wird, entsprechende Mehraufwände. Die Bremer IT-Strategie muss deshalb auch dafür sorgen, bestehende Systeme weiter zu nutzen und wieder zu verwenden sowie die Betriebskosten zu senken.

II.2. IT-Sicherheit und Datenschutz

Mit der Abhängigkeit der Verwaltung von der IT einerseits und die aus den eben genannten Effizienzgründen resultierende bundes-, sogar EU-weite Vernetzung andererseits steigen die Anforderungen an die Gewährleistung von IT-Sicherheit. Dabei ist nicht das Ziel, eine absolute Sicherheit zu erreichen, die technisch nicht möglich ist. Es geht darum, die geeigneten Maßnahmen zu identifizieren und umzusetzen, die die bekannten Risiken angemessen adressieren, Gefahren abwehren und Bedrohungen reduzieren. Dabei genießen der Schutz der persönlichen Daten der Bürgerinnen und Bürger sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und des gesellschaftlichen Lebens die höchste Priorität. Bürgerinnen und Unternehmen müssen darauf vertrauen, dass die Verwaltung mit den ihr anvertrauten Daten sorgsam und nach der Zweckbestimmung umgeht.

Gerade die Ereignisse in den Jahren 2013 und 2014 rund um Datenklau, E-Mail-Angriffen und den Abhörpraktiken der Geheimdienste haben die Notwendigkeit dafür unterstrichen. Der IT-Planungsrat hat im Frühjahr 2013 den Auf- bzw. Ausbau des Informationssicherheitsmanagementsystems in den Ländern für verbindlich erklärt. Die FHB hat damit bereits begonnen und wird die diesbezüglichen Maßnahmen intensivieren.

II.3. Steuerung, Controlling und Finanzierung

Das IT-Budget der FHB beträgt bereits 48,4 Mio. EUR p.a. (Haushalte 2014, 2015) und damit ungefähr 1,8 % der konsumtiven und investiven Haushaltsmittel des Landes und der Stadtgemeinde Bremen. Im Vergleich zur Finanzwirtschaft ist das zwar wenig, weil dort deutlich mehr für Sicherheit und Verfügbarkeit der IT-Systeme aufgewendet wird. In einem Haushaltsnotlageland wäre eine bessere Ausstattung jedoch nicht zu finanzieren.

Es kommt deshalb darauf an, das IT-Budget möglichst zielgenau einzusetzen und jedes mögliche Optimierungspotenzial zu identifizieren. Da der Betrieb der IT zum überwiegenden Teil bei Dataport erfolgt, Dataport erhält etwa 2/3 der bremischen IT-Ausgaben, ist die Steuerung und das Controlling des IT-Dienstleisters eine zwingende Aufgabe für das IT-Management. Hierzu haben die Trägerländer ihre Anforderungen an Leistung, Service, Entgeltkalkulation, Preisgestaltung und Abrechnung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse von Dataport zu konkretisieren.

Die FHB hat Mechanismen entwickelt und angewendet, um den Dienstleister strategisch und taktisch steuern zu können. Diese werden wiederkehrend auf ihre Wirksamkeit überprüft und mit den anderen Trägerländern abgestimmt. Noch oder notwendigerweise bestehende Sonderanforderungen Bremens werden von Dataport erfüllt. Die FHB wird diese Mechanismen weiterentwickeln und in den Verwaltungsrat und seine Untergremien einbringen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Zweck der Anstalt, die Anforderungen des wirtschaftlichen Handelns gelten für Dataport ebenso wie für die Länder.

II.4. Standardisierung und Flexibilität

Die Einschränkung von Freiheitsgraden – Standardisierung - ist immer ein Instrument zur Aufwandsreduzierung und spart dadurch Kosten. Die FHB muss ihre IT soweit wie möglich standardisieren und gleichzeitig die Umsetzung der eigenen Anforderungen an IT gewährleisten. Das betrifft Hardware, Software und Dienstleistungen.

In einem Spannungsverhältnis zur Standardlösung steht immer der vom Standard abweichende Bedarf, der durch Fachaufgaben oder persönliche Bedürfnisse begründet sein kann. Eine flexible IT ist in der Lage, die unterschiedlichsten Anforderungen zu erfüllen und steigert wie-

derum die Effektivität des Verwaltungshandelns und die subjektive Zufriedenheit der Nutzerinnen und Nutzer.

Aus historischen Gründen ist die Vielfalt der Hard- und Software sowie der Dienstleistungen in der Bremer Verwaltung relativ niedrig und eher im Bereich der ausgelagerten Einheiten, Gesellschaften und Sondervermögen anzutreffen. Im Interesse der Konsolidierung ist deshalb die Fortsetzung der Standardisierung geboten, wobei soweit wie möglich flexible Einsatzmöglichkeiten der IT erhalten bleiben sollen.

II.5. Kooperation und Koordination

Die immer komplexer werdende IT und ihre immer größer werdende Bedeutung führen dazu, dass Verwaltungen wie die der FHB die IT-Betriebsaufgaben nicht mehr sinnvoll alleine wahrnehmen können. Während der IT-Betrieb früher alleine und hoheitlich organisiert war, müssen nun Kooperationen mit anderen gesucht werden. Bremen ist als Bundesland halb so groß wie beispielsweise die Stadt Köln. Andererseits haben beispielsweise die Sparkassen in Deutschland all ihre Rechenzentren konsolidiert und zu einem zusammengefasst, an nur noch drei Standorten.

Der per Staatsvertrag gegründete gemeinsame IT-Dienstleister Dataport in Norddeutschland ist bereits Ausdruck dieser notwendigen Kooperation. Zu seiner erfolgreichen Steuerung gehört auch die Koordination innerhalb der Bremer Verwaltung und außerhalb mit den anderen Trägerländern. Dabei sind zunehmend auch die Belange des IT-Planungsrates zu berücksichtigen, der die IT-Koordination im Sinne des noch neuen Art. 91c GG zwischen Bund und Ländern immer stärker vorantreibt.

Perspektivisch sind die bisher eigenständigen IT-Strategien folgenden Anstalten, Eigenbetriebe, Gesellschaften und Bremerhaven in die gemeinsame IT-Strategie der Freien Hansestadt Bremen mit dem Ziel einzubeziehen, gemeinsame Strategien zu entwickeln.

II.6. Gesundheit, Ergonomie und Barrierefreiheit

Die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darf nicht durch IT gefährdet werden. Sollten Grenzwerte erreicht oder überschritten werden, wie z.B. bei der Feinstaubbelastung durch Drucker oder Kopierer, müssen alternative Geräte beschafft oder sonstige Maßnahmen ergriffen werden.

Die verwendete Hard- und Software sollte ein Optimum an Ergonomie gewährleisten, soweit das wirtschaftlich vertretbar ist.

Die Barrierefreiheit der Anwendungen nach außen und innen soll ebenfalls jeweils das Optimum erreichen, soweit das wirtschaftlich vertretbar ist.

II.7. Green IT und Sozialverträglichkeit

Das öffentliche Handeln ist nicht allein dem jeweiligen Zweck der Aufgabenerfüllung und der Wirtschaftlichkeit verpflichtet. Sie hat auch politisch vorgegebene und gesellschaftlich anerkannte Ziele im Sinne einer Vorbildfunktion zu erfüllen. Dazu gehören im Bereich der IT besonders die Nachhaltigkeit und die Sozialverträglichkeit.

Die Herstellung von IT-Produkten und der Verbrauch von Strom sind starke Belastungen für die Umwelt durch den damit verbundenen CO₂-Ausstoß. Soweit wie möglich muss deshalb der Ressourcenverbrauch und der Stromverbrauch für IT in der Bremer Verwaltung reduziert werden.

IT-Hardware ist ein Produkt der Globalisierung: viele Rohstoffe kommen aus Afrika, entscheidende Schritte der Produktion und des Zusammenbaus finden überwiegend in Asien statt. Die in Deutschland gewohnten Sozialstandards sind dort vielerorts nicht einmal ansatzweise erfüllt. Als Nutzer der IT hat die FHB jedoch auch eine Verantwortung, dass die dafür notwendigen Rohstoffe und Arbeitsleistungen möglichst nachhaltig und sozialverantwortlich gefördert werden. Übergeordnete Zielsetzungen in diesem Sinne werden von der FHB in gemeinsamen Projekten vertreten und bei den Vergabeprozessen eingebracht.

II.8. Aufgabenverteilung zwischen Ressorts, Dienstleister und zentraler IT-Strategie

Konsolidierung, Standardisierung und Automatisierung führen zu einer Neuverteilung von Aufgaben zwischen Ressorts, Ämtern, zentraler IT-Steuerung und dem IT-Dienstleister. Insbesondere durch den Abbau dezentral organisierter Betriebsaufgaben wird ein Aufbau strategischer und steuernder IT-Kompetenzen in den Dienststellen erforderlich. Die IT-Abteilungen der Zukunft sind nicht mehr Experten für IT-Administration oder IT-Beschaffung, ihre bisherigen Domänen. Sie sind eher Manager, die den Bedarf ihrer Fachabteilungen in Anforderungen für den IT-Dienstleister übersetzen und umgekehrt Lösungen vorschlagen, wie mit Hilfe von IT Fachaufgaben einfacher und schneller erledigt werden können.

III. Bisherige IT-Strategie: „Der Rohbau steht“

Die Freie Hansestadt Bremen hat in Umsetzung ihrer bisherigen IT-Strategie von 2006 bereits den Rohbau errichtet, um die oben skizzierte Vision umzusetzen und dabei die genannten Herausforderungen zu meistern:

- Durch die Zentralisierung und Standardisierung des IT-Supports beim IT-Dienstleister Dataport werden statt bisher 90 Administratorinnen und Administratoren rechnerisch nur noch ca. 35 benötigt.
- Durch die bundesweit einmalige Entscheidung, den IT-Support in Bremen mit derselben Technik wie Hamburg zu betreiben (BASIS.Bremen), konnten die laufenden Kosten für diese Dienstleistung um 10 % gesenkt werden.
- Durch die Bündelung der bremischen Bedarfe mit denen Hamburgs, Schleswig-Holsteins und Dataport können Top-Konditionen bei der Hardware-Beschaffung erzielt werden – die letzte Ausschreibung 2013 führte zu Preisreduktionen von 4 bis 40 %, abhängig von der jeweiligen Hardwaregruppe.
- Bereits im vorherigen Rahmenvertrag konnte Bremen Konditionen erhalten, die zu den niedrigsten in einem KGSt (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement)-Benchmark mit 12 Großstädten gehören.
- Bremen erhält günstige Vertragskonditionen für Betriebssystem- und Bürokommunikationssoftware, weil es diese gemeinsam mit den anderen Trägerländern über Dataport beschafft.
- Durch einen 2012 ausgeschriebenen Rahmenvertrag für Telefonleistungen in Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen (Festnetz und Mobilfunkvertrag) konnten die Konditionen um bis zu 50 % reduziert werden – dadurch entstehen haushaltswirksame Entlastungen von mindestens einer Viertel Million Euro jährlich. Gleichzeitig wurde das bisherige interne Gebührenabrechnungssystem auf ein pauschaliertes System umgestellt und die dafür benötigten Verwaltungsbereiche entlastet.
- Die Steuerung des IT-Dienstleisters Dataport wird länderübergreifend organisiert. Die Synergien daraus führen zu einer verbesserten Qualität des Controllings der Leistungen von Dataport.
- Die Einrichtung einer gemeinsamen IT-Beschaffungsstelle für die Länder Hamburg, Schleswig-Holstein und Bremen bei Dataport führt zur Qualitätsverbesserung mit mittlerweile hochkomplexen Vergabewesen und entlastet die FHB vom Aufbau andernfalls erforderlicher Personalkapazitäten.
- Durch Maßnahmen wie die Verbesserung des IT-Supports und die Einführung des elektronischen Dokumentenmanagements können Synergieeffekte durch verbesserte Prozesse erwartet werden. Diese können die entsprechende Reduzierung des Personals ermöglichen.
- Der Rechenzentrumsbetrieb im neuen energieoptimierten Dataport Rechenzentrum wird ab 2014 auch die CO₂ Emissionen durch Bremer IT nachhaltig reduzieren.
- Die Konsolidierung von 85 dezentralen Servern auf ein zentrales E-Mail System hat ebenfalls zur Reduzierung der Verbrauchskosten beigetragen und die Sicherheit und Verfügbarkeit des Gesamtsystems erhöht.
- Die einheitliche zentrale Infrastruktur ermöglicht die zeitnähere und zentrale Einführung und Anbindung neuer Technologien und Anwendungen, wie z.B. dienstlich benötigter Smartphones, Tablets und Videodienste. Auch Dienststellen, die bisher keine finanziellen Ressourcen für eine angemessene IT-Ausstattung hatten, profitieren von der modernisierten IT-Ausstattung.
- Bremen hat mit dem Aufbau eines Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) begonnen und trägt damit den gestiegenen Anforderungen an den IT-Betrieb und die Vernetzung mit anderen Behörden in Deutschland Rechnung. Durch die Ko-

- operation mit den anderen Trägerländern von Dataport werden die Kosten für das ebenfalls notwendige „Computer Emergency Response Team“ (CERT) geteilt.
- Bremen betreibt seit 2011 als eines der ersten Bundesländer ein Open Data-Portal mit über 130 Datensätzen (Stand Dezember 2013). Diese werden von über 25 „Apps“ genutzt. Für den durch sie gestifteten Nutzen für Bürgerinnen, Bürger und Wirtschaft muss die Bremer Verwaltung nicht zahlen (Verwaltung stellt die Daten bereit – Anwendungen werden durch Dritte entwickelt).
 - Bremen hat auf Basis seines Content Management Systems mit Hilfe eines Baukastens (KoGIs) die Veröffentlichung von barrierefreien Internet- und Intranetauftritten der Bremer Verwaltung standardisiert und damit den Schulungs- und Betreuungsaufwand für Redakteure minimiert.
 - Mit Hilfe des immer noch einzigen Informationsfreiheitsregisters in Deutschland haben wir bisher über 24.000 Dokumente der bremischen Verwaltung zentral auffindbar gemacht.
 - Durch die Einführung einer bremischen zentralen Datenbank zur Aufbereitung und Pflege strukturierter Informationen zu Verwaltungsdienstleistungen, die verschiedenen Plattformen mit einheitlichen aktuellen Daten versorgen kann, werden Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter entlastet. Bürgerinnen und Bürger bekommen die für sie notwendigen Informationen entweder über Plattformen wie z.B. www.bremen.de, über das BTB oder über den 115-Verbund.
 - Der Produktplan 96 und das IT-CO (IT-Controlling)-Konzept stellen ein höchstes Maß an Transparenz für das IT-Budget dar. IT-Planungs- und Controlling-Prozesse sind für die FHB standardisiert.

IV. Die neue IT-Strategie in der Freien Hansestadt Bremen

Auf der IT-Klausur 2012 haben die IT-Leiterinnen und –Leiter der Ressorts ein Leitbild für den IT-Einsatz formuliert und seitdem mehrfach erörtert und konkretisiert:

- Wir erleichtern die Aufgabenwahrnehmung und Zusammenarbeit
- Wir standardisieren, minimieren Redundanz und steigern Effizienz
- Wir bändigen die Informationsflut
- Wir fördern Offenheit und Transparenz in alle Richtungen
- Wir nutzen flexible Einsatzmöglichkeiten von IT
- Wir entwickeln neue IT-Lösungen nur in Kooperation mit anderen
- Wir erhöhen die Medienkompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Wir entwickeln wirksame Maßnahmen gegen die Entgrenzung der Arbeit

Dieses Leitbild lässt sich nur insoweit realisieren, wie es wirtschaftlich sinnvoll ist, und damit in die folgenden Ziele operationalisieren:

- Bessere Qualität
- Niedrige Kosten
- Effiziente Steuerung des Dienstleisters Dataport
- Sichergestellte Innovation
- Standortfaktor IT

- Nachhaltige Entwicklung
- Höhere Transparenz
- Selbstbewusste Kooperation

Wegen der steigenden Anforderungen an die Sicherheit und Verlässlichkeit der IT ist auch das Ziel

- Höhere Sicherheit

zu verfolgen.

Weil effektiver, effizienter, innovativer und sicherer IT-Einsatz sowohl auf der Steuerungs- wie auch auf den Arbeitsebenen kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter voraussetzt, werden

- bei der Personalgewinnung und -auswahl,
- in der Ausbildung
- und in der Personalentwicklung

systematisch IT-Kompetenz und IT-Affinität berücksichtigt und gefördert.

V. Konkretisierung der Ziele der IT-Strategie

V.1. Bessere Qualität

Das bereits eingesetzte zentrale Dokumentenmanagementsystem wird zum zentralen und allein führenden elektronischen Aktensystem. Der Fileservice auf den eigenen und gemeinsamen Laufwerken, E-Mail und das Internet haben zu einer elektronischen Informationsflut geführt, die teilweise Produktionsgewinne wieder auffrisst, weil Versionen von Dokumenten abgeglichen werden müssen, Informationen aufwändig gesucht und vor allem vielfach gespeichert werden.

Ein zweiter wichtiger Punkt ist die bessere Unterstützung mobiler IT-Lösungen. Dazu gehören Laptop, dienstlich erforderliche Tablets und Smartphones, genauso wie die Realisierung von sicheren Zugriffen aus der Ferne auf bremische IT-Verfahren und die Verknüpfung mit entsprechenden Arbeitsorganisationsformen, insbesondere Telearbeit. Neben Verbesserungen in der Arbeitsgestaltung entstehen neue Probleme, z.B. die ständige Erreichbarkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und daraus resultierende (Gesundheits-)Beeinträchtigungen, auf die mit geeigneten Maßnahmen reagiert werden muss.

Die vielen Veröffentlichungen und Portale haben bei bremen.de und auf den Webseiten der Ressorts zu einer nur noch schwer überschaubaren Struktur geführt. Für Bürgerinnen und Bürger ist es deshalb häufig nicht einfach, die gesuchten Informationen zu finden. Das soll verbessert werden.

Die Verwaltung wird deshalb die automatische Publikation von Dokumenten aus dem Dokumentenmanagementsystem ermöglichen, weitere Datenquellen einbinden und grundsätzlich alle abgeschlossenen Dokumente, inkl. der geschlossenen Verträge, veröffentlichen. Dazu wird ein Freigabeprozess, um den Schutz persönlicher Daten und von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen zu gewährleisten, implementiert, und entsprechende Schwärzungsmechanismen vorgesehen. Es werden Strukturen im IFG-Register geschaffen, die das einfache Finden von Dokumenten erleichtern und den Nutzerinnen und Nutzern helfen, sich durch die kontinuierlich steigende Anzahl von Dokumenten zu navigieren.

Unter bremen.de wird ein gemeinsamer Einstiegspunkt zum Auffinden aller Dienststellen, Dienstleistungen, Dokumente und Daten eingerichtet. Den Dienststellen werden darüber hinaus weitere Modulbaukästen zur Einrichtung eigener Webseiten (KoGIs) angeboten.

Schließlich werden die E-Government-Angebote bedarfsgerecht weiterentwickelt. Wichtiger als eine abstrakte Medienbruchfreiheit oder die vollständige elektronische Abwicklung ist die elektronische Unterstützung an denjenigen Prozessschritten, in denen dadurch der größte Nutzen entsteht. Wenn z.B. die Aushändigung von Kfz-Kennzeichen zwingend händisch erfolgen muss, ist es sinnvoll, dafür Termine elektronisch zu vereinbaren. Auch so werden Wartezeiten reduziert und die Qualität der Verwaltung gesteigert.

Konkrete Maßnahmen:

- Die Zufriedenheit der Beschäftigten mit IT in der Verwaltung der Freien Hansestadt Bremen wird jährlich gemessen, mit dem Ziel eine Verbesserung zu erreichen.
- Durch die Konzentration der Aktenhaltung und Vorgangsbearbeitung aller nicht-Fachverfahrens-unterstützter Aufgaben werden Übersichtlichkeit und das Wiederauffinden von Informationen verbessert. Dazu sind begleitende Maßnahmen, insbesondere bzgl. einheitlicher Aktenpläne und klare Regelungen zum Umgang mit E-Mail usw. erforderlich. Die E-Mail-Richtlinie wird entsprechend überarbeitet.
- Es werden Maßnahmen entwickelt, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch die zunehmende Entgrenzung der Arbeit schützen. Dazu gehören auch Hilfestellungen zur Umsetzung in den Ressorts.
- Eine neue Mobility-Strategie, die die unterschiedlichen mobilen Endgeräte mit den bestehenden Infrastrukturen und dem BASIS.bremen-Betrieb verknüpft, wird erarbeitet.
- Unter dem Web-Auftritt bremen.de wird ein Service- und Transparenzportal ausgebaut bzw. weiterentwickelt.
- Flächendeckende Einführung eines Online-Terminmanagementsystems für alle bremischen Behörden, in dem Bürgerinnen und Bürger bequem Termine buchen können.
- Konzeption und Aufbau der elektronischen Langzeitarchivierung, ausgehend vom elektronischen Dokumentenmanagement.

V.2. Niedrige Kosten

Anstatt immer neue technologische Lösungen einzuführen, konsolidiert die Bremer Verwaltung ihre IT-Systeme. Durch die Konzentration auf das Dokumentenmanagementsystem werden Akten und Geschäftsgänge verwaltungsübergreifend wieder stärker geführt. Die E-Mail-Postfächer und Festplatten sollen in ihrer praktischen Bedeutung reduziert werden.

Dazu gehört auch die Konsolidierung des TK-Systems mit dem IT-System. Dazu sind auch die entsprechenden vertraglichen Grundlagen für die Beschaffung der Netz- und TK-Leistungen zu gestalten (Projekt ITK-neu).

Betriebsaufgaben der IT sind soweit wie möglich und wirtschaftlich sinnvoll beim zentralen IT-Dienstleister zu zentralisieren, um die bisherige Mehrfacherledigung zu reduzieren. Die Fertigungstiefe in den Dienststellen wird reduziert, standardisierbare Prozesse soweit wie möglich zum IT-Dienstleister verlagert.

Durch die Beauftragung des IT-Dienstleisters erhält die Verwaltung die Möglichkeit, ihre IT-Ausgaben stärker als bisher nicht mehr für eigenes IT-Personal, mit den daran hängenden steigenden Personal- und Personalnebenkosten, sondern für Sachausgaben aufzuwenden. Durch die Wahl von Dataport und die damit verbundene Realisierung von Synergieeffekten mit den anderen Trägerländern sind dafür vergleichsweise günstige Konditionen und Preise zu erwarten.

Konkrete Maßnahmen:

- Die Beschaffungspreise für Hardware, Software und Dienstleistungen, die Bremen im Verbund mit den anderen Dataport-Trägern und Dataport erzielt, können praktisch kaum noch unterboten werden. Über die IT-Beschaffungsstelle bei Dataport sollen trotzdem weitere Maßnahmen, z.B. durch Bündeln von Bedarfen, unternommen werden, um Beschaffungspreise zu reduzieren.
- Alle Anwendungen und Infrastrukturen sind mandantenfähig zu gestalten.
- Nach Verabschiedung der EU-Datenschutzgrundverordnung soll Dataport das Potenzial von Cloud-Betriebsmodellen auch für öffentliche Auftraggeber untersuchen.

V.3. Effiziente Steuerung des Dienstleisters Dataport

Dataport ist der zentrale IT-Dienstleister der Freien Hansestadt Bremen. Er ist so zu steuern, dass er für Bremen angemessene und auskömmliche IT-Dienstleistungen anbieten kann. Dazu sind entsprechende Aufbau- und Ablauforganisationen zu etablieren, in denen die Freie Hansestadt Bremen sich wirkungsvoll einbringen kann.

Konkrete Maßnahmen:

- Dataport soll jährliche Effizienzsteigerungen erwirtschaften, um einerseits kostentreibende Faktoren wie Tarifsteigerungen und Rohstoffpreise ausgleichen zu können und andererseits Bremen die Einhaltung des Sanierungspfades zu ermöglichen.
- Dataport wird mit dem Projekt ITK-neu und der Neubeschaffung der ITK-Leistungen beauftragt, um eine Konsolidierung der IT- und TK-Systeme zu ermöglichen bzw. zu befördern.
- Über die AG Steuerung der Dataport-Kernträgerländer und den Verwaltungsrat wird Bremen gemeinsam mit den anderen Trägerländern die Transparenz der Kosten- und Leistungsstruktur von Dataport erhöhen.
- Der Aufwand für Controlling und Management in den Dienststellen muss reduziert werden.

V.4. Sichergestellte Innovation

Trotz der aus Kostengründen notwendigen Standardisierung wird die Verwaltung offen für den Einsatz neuer Technologien bleiben. Durch die IT wird die Erledigung der Fachaufgaben ermöglicht und vereinfacht. Durch die Automatisierung von Routineabläufen, z.B. die Rechnungsabwicklung durch Knopfdruck, kann Arbeit verdichtet bzw. Zeit für andere Aufgaben gewonnen werden.

Zentrale Datenhaltung mit Zugriffsmöglichkeiten für mehrere Benutzerinnen und Benutzer, E-Mail, Telefon und zukünftig auch Videodienste vernetzen die Kolleginnen und Kollegen innerhalb von Organisationseinheiten, innerhalb der bremischen Verwaltung und mit Bürgerinnen und Bürgern sowie anderen Organisationen außerhalb.

Die Freie Hansestadt Bremen hat auch eine Vorbildfunktion gegenüber ihren eigenen Beschäftigten. Der selbstbewusste Umgang mit Technologien ist unabdingbar. Die Verwaltung wird deshalb die Interessen und Bedürfnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach angemessener, schneller und zuverlässiger IT erfüllen. Dabei wird es notwendigerweise zu neuen Definitionen von „dienstlichem“ und „privatem“ Nutzen der IT kommen. Die Grenzen zwischen „dienstlicher“ und „privater“ Nutzung der IT werden durchlässiger. Es müssen geeignete Lösungen gefunden werden, die auch den Anforderungen an IT-Sicherheit, Datenschutz für Bürgerinnen und Bürger, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie dem Gesundheitsschutz der Beschäftigten gerecht werden.

Konkrete Maßnahmen:

- Mobile, dienstliche Endgeräte sollen zukünftig schnell in die bestehende IT-Infrastruktur integriert werden.
- Elektronische Kontaktaufnahmen (entsprechend den Anforderungen des E-Government-Gesetzes) per Internet und Telefon sollen vereinfacht werden – dabei sind die bestehenden Lösungen (insb. EGVP und Governikus) weiter zu nutzen.

V.5. Standortfaktor IT

Ein großer Teil der IT-Leistungen wird von privaten Herstellern und Dienstleistern produziert. Aus bremischer Sicht ist es wünschenswert, dass dabei der Anteil von Wertschöpfung in Bremen maximiert wird. Im Rahmen der vergaberechtlich zulässigen Möglichkeiten sind die Interessen der regionalen IT-Wirtschaft weitestgehend zu berücksichtigen. Es ist deshalb notwendig, einen intensiven Dialog zwischen den bremischen IT-Dienstleistern und der Verwaltung zu führen, um eine entsprechende Wettbewerbsfähigkeit zu erzielen. In der Vergangenheit ist das bereits erfolgreich geschehen, da die Verwaltung an vielen Stellen auch Verfahren bremischer IT-Dienstleister einsetzt. Auch Dataport trägt als Arbeitgeber und mit der Ansiedlung zentraler Einheiten in Bremen dazu bei, Arbeitsplätze in Bremen zu sichern und nach Möglichkeit zu erhöhen.

Konkrete Maßnahmen:

- Fortsetzung der Dialoge mit Kammern, Wirtschaft und Universitäten bzw. Hochschulen zur Stärkung des regionalen Verwaltungs-IT-Know-How.
- Vergabe von Aufträgen durch Dataport in geeigneten Losen, die Beteiligung bremischer IT-Unternehmen an entsprechenden Ausschreibungen ermöglichen.
- Bremen setzt sich dafür ein, dass Dataport-Einheiten in Bremen angesiedelt werden, um Arbeitsplätze zu schaffen.

V.6. Nachhaltige Entwicklung

Die IT als einer der Hauptstromverbraucher muss Gegenstand weiterer Stromsparbemühungen bleiben. Außerdem muss die Bremer Verwaltung ihrer Verantwortung als Nachfrager gerecht werden, wenn es um die Produktionsbedingungen für IT-Hardware geht, die noch teilweise mit unzureichenden sozialen Absicherungen für die Beschäftigten der IT-Hersteller produziert wird.

Konkrete Maßnahmen:

- Die bei der letzten Hardware-Ausschreibung durch Dataport erstmalig verbindliche Berücksichtigung des Kriteriums „Sozialverträglichkeit“ wird Standard in allen durch Bremen veranlassten Ausschreibungen.
- Die Konsolidierung der IT-Verfahren in das neue Dataport-Rechenzentrum, das zu den Energieeffizientesten in Deutschland gehört, ist bereits begonnen worden. Die noch bestehenden dezentralen Betriebslösungen sollen so schnell wie möglich dorthin migriert werden.

V.7. Höhere Transparenz

Um die politische Willensbildung und die parlamentarischen und außerparlamentarischen Kontrolle zu stärken und zu fördern, soll die Verwaltung noch transparenter als bisher werden.

Die Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben des Informationsfreiheitsgesetzes ist dabei eine Pflicht. Die Veröffentlichung weiterer Informationen und Daten im Sinne von Open Data ist dabei wünschenswert.

Konkrete Maßnahmen:

- IFG-Register, das Gesetzesportal, das IT-System-Bürgerservice, das Open-Data-Portal und der bisherige Auftritt der Bremer Verwaltung bei bremen.de werden in einen Webauftritt konsolidiert, in dem alle Dienststellen, Dienstleistungen, Dokumente und die verfügbaren Daten gefunden werden.

V.8. Selbstbewusste Kooperation

Neue IT-Lösungen werden in Norddeutschland gemeinsam entwickelt. Die mit den anderen Dataport-Trägerländern begonnenen Projekte BASIS und KoPers, aber auch Fachverfahren wie @rtus bei der Polizei sind alle Gemeinschaftsentwicklungen. Neuentwicklungen sollen in Zukunft nur noch mit den anderen Trägerländern erfolgen. So können Synergieeffekte und Einsparpotenziale langfristig gesichert werden.

Konkrete Maßnahmen:

- Synchronisation der IT-Planung: Alle IT-Vorhaben werden grundsätzlich gemeinsam und soweit wirtschaftlich sinnvoll von den Trägerländern umgesetzt. Ein gemeinsames, trägerländer-übergreifendes Anforderungsmanagement wird Standard. Der 1. Mandant ist führend – d.h. Länder müssen neue Vorhaben nicht zeitgleich umsetzen. Sie können zu einem späteren Zeitpunkt einsteigen.
- Die begonnene Praxis der Kooperation in den Fachressorts, wie z.B. im Personalwesen, bei der Polizei, im Standesamtswesen und unter den Schulträgern, in „Dataport-Country“ wird fortgesetzt, ebenso die entsprechende Unterstützung des Verwaltungsrates.
- Aktive Gestaltung des Unterbaus des IT-Planungsrates, insbesondere durch das Projekt Föderale IT-Kooperation.
- Weiterer Ausbau der Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT) für Standardisierungsaufgaben des IT-Planungsrates und der Fachministerkonferenzen.

V.9. IT-Sicherheit

Die IT-Sicherheit der IT-Systeme muss an die steigenden Bedrohungen angepasst werden. Dabei muss die Verwaltung die Ziele Sicherheit, Benutzerfreundlichkeit und Kosten optimieren. Zusätzlich zu den praktischen Maßnahmen sind dazu auch jeweils entsprechende Dokumentationen zu erstellen.

Die Verwaltung möchte grundsätzlich die Abhängigkeit von Soft- und Hardwareherstellern reduzieren, wo diese über ihren marktbeherrschenden Charakter die Handlungsspielräume

der Verwaltung einschränken. Das gilt insbesondere, wenn diese Hersteller aus dem Ausland kommen und nicht oder nur eingeschränkt durch in Bremen anwendbare Gesetze kontrolliert und zur Rechenschaft gezogen werden können.

Konkrete Maßnahmen:

- Aufbau des Informationssicherheitsmanagementsystems.
- Entwicklung sicherer Lösungen zur Einbindung von mobilen Geräten.
- Prüfung, welche Systeme mit vertretbarem Aufwand und ohne wesentliche Performanceeinbußen durch Verschlüsselung besser abgesichert werden können.
- Prüfung, wo Abhängigkeiten von Software- und Hardwareherstellern nachteilig für die bremische Verwaltung sind und wie diese reduziert werden können.

V.10. Personalauswahl, -ausbildung und -entwicklung

Neben dem erforderlichen IT-Fachpersonal müssen in der Regel alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer modernen öffentlichen Verwaltung generell über IT-Affinität und aufgabenbezogen über hinreichende IT-Kompetenz verfügen. Dies wird auf allen Ebenen bei der Personalgewinnung und -auswahl berücksichtigt und in Ausbildung, Weiterbildung und sonstigen Personalentwicklungsmaßnahmen gefördert.

- systematische Entwicklung von Projektmanagement-Kompetenz im Allgemeinen und IT-Projektmanagement-Kompetenz im Besonderen.
- Überprüfung und Weiterentwicklung der Kompetenzziele in der Verwaltungsausbildung.
- Überprüfung und Weiterentwicklung der einschlägigen Fortbildungsangebote.
- Beratungs- und Managementkompetenzen werden verstärkt, um die Dienststellen bei innovativen IT-Projekten zu unterstützen.